



Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
im Rat der Stadt Dortmund



SPD Fraktion im Rat
der Stadt Dortmund

An die
Medien

Dortmund

31.03.08

PRESSEMITTEILUNG

SPD und Grüne zum Haushalt : Bezirksregierung verzögert Doppelhaushalt ohne sachlichen Grund und läutet Kommunalwahlkampf ein - Verwaltung soll nun rechtliche Schritte prüfen

„Das neuste Schreiben der Bezirksregierung zum Doppelhaushalt 2008/2009 beweist es eindeutig: Herr Diegel verzögert ohne sachlichen Grund das Inkrafttreten des Doppelhaushaltes. Die Hinweise in seinem Brief sind haltlos oder so vage formuliert, dass sie einer Prüfung nicht Stand halten.

Die Bezirksregierung geht mit ihrem Vorgehen an das äußerste des rechtlich Zulässigen und ignoriert berechnigte Interessen der Stadt Dortmund.

Hier soll auf ganz plumpe Art und Weise Wahlkampfhilfe aus Arnsberg für die Opposition in Dortmund geleistet werden.“, ist die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion und stv. Fraktionsvorsitzende, **Ratsmitglied Jutta Starke**, über das neuste Schreiben aus Arnsberg entrüstet.

In seinem Schreiben zur Haushaltssatzung 2008/2009 vom 19.03.08 lässt der Regierungspräsident darstellen, dass nach seiner Auffassung auch mit den zusätzlichen Aktualisierungsbeschlüssen zum Doppelhaushalt in der Ratssitzung vom 13.03.08 der Haushaltsausgleich nur über die Ausgleichsrücklage nicht gewährleistet ist und ein Betrag in Höhe von 9,6 Mio € aus der allgemeinen Rücklage zu entnehmen sei, was unweigerlich zur Genehmigungspflicht des Haushaltes 2008/2009 führen würde.

SPD und Grüne sehen das anders und widersprechen dem Regierungspräsident in mehrfacher Hinsicht.

Verluste für das Sozialticket in Höhe von 4,0 Mio € in 2008 und 4,3 Mio € in 2009, wie Herr Diegel vorrechnet, halten die beiden Fraktionen für völlig überzogen.



Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
im Rat der Stadt Dortmund



SPD Fraktion im Rat
der Stadt Dortmund

Dazu **Fraktionssprecher Mario Krüger**: „Hinsichtlich seiner Kritik am Sozialticket verweisen wir den Regierungspräsident auf die mittlerweile vorliegende Studie des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg. In dieser Studie sind die finanziellen Auswirkungen des bereits seit Januar 2007 in Köln eingeführten Sozialtickets untersucht und dargestellt worden.

Der Verkehrsverbund kommt dabei zum Ergebnis, dass es durch das Sozialticket erhebliche Steigerungen bei den Fahrgastzahlen gibt. Insbesondere bisherige SchwarzfahrerInnen kaufen nun häufiger ein Ticket. In der Summe führt das dazu, dass der bisher angenommene Fehlbetrag durch das ermäßigte Sozialticket von 4,5 Millionen Euro nur 1,17 Millionen Euro beträgt und damit erheblich niedriger ausfällt. Es ist davon auszugehen, dass dies in Dortmund ähnlich sein wird.

Jutta Starke ergänzt: „Der Regierungspräsident hat zudem schlichtweg einen falschen Ticketpreis angenommen (45,77 € anstatt 39,20 € mit Großkundenrabatt) und die möglichen Verlust damit weiter künstlich aufgebläht. Die Fraktionen von SPD und Grüne rechnen deshalb nicht mit einem Millionenfehlbetrag sondern lediglich mit einem Verlustbetrag in einem sechsstelligen Bereich jährlich.“

Beim Solidarfonds Ost kritisiert Herr Diegel fälschlicherweise, dass die Verwaltung angeblich ohne gesetzliche Grundlage Rückerstattungsmittel für 2009 berücksichtigt hat.

Nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes NRW stehen den Kommunen insgesamt Rückzahlungen in Höhe von 900 Mio € zu. Mit dem GFG 2008 werden aber nur 650 Mio € für 2006-2008 abschlagsweise erstattet. Den Kommunen fehlen damit immer noch rund 250 Mio €, von denen selbstverständlich auch die Stadt Dortmund profitieren wird.

Mit seiner Haltung zur Rückerstattung aus dem Solidarfonds Ost bestätigt Herr Diegel die kommunalfeindliche Haushaltspolitik der Landesregierung. Die Landesregierung sieht sich wegen dieser Ausschüttungspraxis in Düsseldorf großer Kritik ausgesetzt und will sich offensichtlich aus der Rückzahlungsverpflichtung still und leise verabschieden.

Die Aussagen von Herrn Diegel zur West LB treffen nicht zu. Der Verlustausgleich durch die Sparkasse Dortmund ist ein einmaliger Vorgang, der im Geschäftsjahr 2007 verarbeitet worden ist. Der Jahresabschluss 2007 liegt vor. Die Gewerbesteuer ist in Höhe der ursprünglichen Planung erfolgt. Defizite wurden aus der Auflösung von Rückstellungen finanziert.

Der Vorstand der Sparkasse Dortmund hat mehrfach betont, dass die Finanzrisiken durch den Haftungsverbund mit der WestLB durch den aufgebauten Haftungsfonds in Dortmund abgedeckt wird und die Gewinnabführungen an die Stadt Dortmund nicht darunter leiden.

Für die äußerst vage Formulierung von Herrn Diegel zur wirtschaftlichen Situation des Klinikums Dortmund haben die Fraktionen ebenfalls kein Verständnis.



Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
im Rat der Stadt Dortmund



SPD Fraktion im Rat
der Stadt Dortmund

Der Regierungspräsident geht zwar hinsichtlich des Klinikums von weiteren „erheblichen Risiken für den Haushalt der Stadt“ aus, sieht allerdings „keine bezifferbaren Belastungen“.

Fraktionssprecher Mario Krüger: „Diegel setzt sein unverantwortliches Ping-Pong-Spiel ohne Rücksicht auf Betroffene fort. Etliche Initiativen und Projekte, die im Rahmen der sozialen Stadtentwicklung in den Startlöchern stehen, werden blockiert. Die Argumente sind faden-scheinig und widersprüchlich. Einerseits vertraut der RP wie beim Sozialticket offensichtlich ausschließlich der Medienberichterstattung andererseits muss mindestens ein Gesetzentwurf vorliegen, bevor seriös die Mittel aus dem Solidarfonds eingeplant werden dürfen. Diese Hal-tung grenzt an Schikane.“

Die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erwarten von der Verwaltung eine rechtliche Prüfung zum weiteren Vorgehen. Notfalls muss das Verwaltungsgericht in Gelsenkirchen den Regierungspräsidenten im Eilverfahren stoppen und die Veröffentlichung des Doppelhaushaltes 2008/2009 ermöglichen.

SPD und Grüne sind empört über das Vorgehen der Bezirksregierung zum Haushalt 2008/2009 und erinnern nochmals daran, dass in haushaltsloser Zeit keine freiwilligen Leis-tungen erbracht werden können bzw. neue Investitionsmaßnahmen begonnen werden können. Schülerinnen und Schüler, Handwerksbetriebe, Sportvereine oder Sozialverbände, alle sind vom Haushaltsveto aus Arnsberg betroffen.

Die Liste von Maßnahmen, die vorerst auf der Strecke bleiben wird von Tag zu Tag länger. Neustes Beispiel ist die Internationale Schule am Leibniz-Gymnasium.

Alle betroffenen Menschen und Organisationen dieser Stadt können sich in Arnsberg bedan-ken!